

Das Postulat, die Gefängnisse abzuschaffen, ist fast so alt wie das Gefängniswesen selbst. Die Häufigkeit seiner Wiederholung bezeugt die Wirkungslosigkeit, mit der das Wort bisher gegen die „steingewordenen Riesenirrtümer“ anrannte. Umso überraschender kam die Öffnung der psychiatrischen Anstalten in Italien, die Abschaffung des Jugendgefängnisses in Massachusetts, das Community Treatment in Kalifornien. Nachdem sich in der bundesrepublikanischen, an Reform und Humanisierung orientierten Fachöffentlichkeit eine Katerstimmung breitgemacht hatte, wirkten die Vorbilder einer Entinstitutionalisierung wie ein rettender Strohhalm.

Seitdem nun aber in den USA und in Großbritannien versucht wird, die staatliche Finanzkrise durch eine monetaristische Austeritätspolitik zu lösen, geraten kriminalpolitische Bestrebungen, die Strafverfolgung und -vollzug durch weitgehenden *Abbau humanisieren* möchten, schon wieder in Ideologieverdacht. Wo reaktionäre Regierungen „Eingriffe“ in soziale Leistungsgesetze vornehmen, wird auch die Forderung nach dem Abbau von Gefängnissen nur ein weiteres Mittel sein, den Sozialstaat abzubauen.

Schließlich hat das Buch von Andrew T. Scull „Die Anstalten öffnen?“ der Entinstitutionalisierungsdebatte einen Dämpfer aufgesetzt. Scull wollte darauf hinweisen, daß alleine die Entwicklung der kapitalistischen Akkumulation in letzter Instanz für die Durchsetzung bzw. den Abbau kriminal- und sozialpolitischer Reformen verantwortlich ist. Und in der Tat: Sculls Beispiel, die Auflösung psychiatrischer Altersheime in Kalifornien zu der Zeit, als der jetzige Präsident der USA, Reagan, dort Gouverneur war und eine staatliche Finanzkrise bewältigen wollte, scheint eine andere Interpretation kaum zuzulassen.

Als verallgemeinerte These, daß Abschaffung der Anstalten bloßer Reflex auf die Krise der Staatsfinanzen ist, hat dies Teile der kritischen Fachöffentlichkeit fast in eine wissenschaftspolitische Identitätskrise gestürzt: machte man sich mit der Forderung nach Abschaffung der Gefängnisse nicht zu einem Werkzeug der Sparkommissare? Und was bedeutet die Realisierung uralter Utopien durch deren traditionelle Gegner für Fortschritt und Emanzipation in der Kriminalpolitik? (Thesen zu diesen Fragen formuliert der Diskussions-

beitrag von Gipser, Klein-Schonnefeld, Naffin und Zillmer in diesem Heft.) Radikale Kritik ist wirklich nicht zu beneiden: Ändert sich nichts, ist sie schlecht dran; verschlechtert sich die Situation, so können sich die Kritiker dafür, daß sie mit ihren düsteren Prognosen auch noch recht behalten haben, nichts kaufen; werden jedoch Forderungen ganz oder teilweise erfüllt, so scheint das Unglück total. Wunscherfüllung von der falschen Seite schafft häufig mehr Dissonanzen, als der Bau von Hochsicherheitsgefängnissen. Der Verlauf der Debatte ist lehrreich.

— Wir sollten in Zukunft nicht nur danach fragen, welche Reformen gemacht werden, sondern auch, wessen Reformen das sind. Die Abschaffung der Gefängnisse kann aus der Überzeugung stammen, daß viel Herrschaft, die über Straftäter ausgeübt wird, überflüssig ist. Sie kann auch aus der Erkenntnis resultieren, daß das Straftheater wie das Panopticon sich in gemeindenaher und elektronischer Überwachung viel effizienter realisieren lassen. Einer der ersten, dem sich dies aus technologischer Sicht erschlossen hat, dürfte der ehemalige BKA-Präsident Horst Herold gewesen sein. Er hätte kaum etwas dagegen gehabt, die immer auch Widerstand provozierenden Gemäuer der Gefängnisse zu schleifen und stattdessen die Kontrollarbeit in der Gemeinde, im „Feld“ zu perfektionieren: nicht Häftlingskontrolle, sondern Territorialkontrolle.

— Wir können von Scull lernen, daß die Argumente gegen die Abschaffung von Gefängnissen, die heute unter Berufung auf Humanität und sozialstaatliche Verantwortlichkeit vorgebracht werden und regelmäßig mit der (ängstlichen?) Frage nach Alternativen enden, nur solange gelten, wie das Geld reicht. Im übrigen: Für jene, die den Bau von Atomkraftwerken vorangetrieben haben, galt die Frage nach Alternativen garnichts — bis andere sie auf bestehende Alternativen hingewiesen haben. Sie versuchten weiszumachen, es gäbe gar keine Alternativen zu Atomkraft — obwohl welche da sind. Das Bauen wurde begonnen. Es bleiben weit- aus wichtigere Fragen ungeklärt als solche, die sich aus dem Wegfall von rund 40.000 Haftplätzen in der BRD ergeben, für die es zum größten Teil gar keine Alternativen braucht!

— All jenen, die kurzschlüssige Analogien zwischen Befürwortern der Entinstitutionalisierung und Monetaristen — etwa unter Hinweis auf „liberalistische“ Grundeinstellungen — ziehen wollen, muß ein Umstand vor Augen gehalten werden, der ihre These widerlegt: nämlich die horrenden Summen, die die scheinbaren Sparkommissare für das ausgeben, was in ihrer Sprache gerne „innere Sicherheit“ genannt wird. Die finanziellen Mittel, die allen Beteuerungen der Sparsamkeit zum Trotz für neue Gefängnisbauten, Hochsicherheitstrakte und polizeiliche Aufrüstung in allen Bereichen praktisch widerspruchsfrei bewilligt sind, beweisen, daß es auf kriminalpolitischem Gebiet nicht um „liberali-

stischen“ Abbau, sondern um funktionale Differenzierung und Effektivität bei der Ausübung von Repression geht: Dort, wo scheinbar staats- und gesellschaftsgefährdende Handlungen bereits stattgefunden haben, mehr Sanktion, da, wo ebensolche Handlungen noch ausstehen, mehr Prävention. Harte und weiche, einkerkernde und therapeutische Verfahren ergänzen sich hierbei vorteilhaft.

Dieses Heft soll zur diskursiven Verarbeitung der von Scull veranlaßten Thesen anregen. Michael Voß betont mit Recht, daß der ambivalente Stein des Anstoßes, die Abschaffung der Anstalten, im Bereich des Strafvollzuges in den USA in dem von Scull behaupteten Ausmaß nicht vorliegt, und auch hierzulande findet die Auflösung noch nicht statt. Die „Initiative für eine bessere Kriminalpolitik“ führt in ihrer Dokumentation über die JVA Frankfurt-Preungesheim ein weiteres Kapitel des Trauerstücks „Architektur als Herrschaft“ vor. Außerdem dokumentieren einige der wenigen Initiativen, die sich in der BRD gegen den Ausbau und Neubau von Gefängnissen wenden, ihre Arbeit. Es ist sehr wenig, was diese Initiativen tun können im Vergleich zu den immer perfekter werdenden Versteinerungen, die auch noch stehen bleiben, wenn die „politisch Verantwortlichen“ ihren Stuhl geräumt haben. Wie leise ist dagegen die Humanität von Thomas Mathiesen, die in seinem Vortrag zu spüren ist. Wir stellen den Text als Dokument den Darstellungen der Initiativen voran. Nicht nur weil KROM und Mathiesen diese kriminalpolitisch aktiven Gruppen wesentlich beeinflußt haben, z. T. der letzte Anstoß zur Aktivität wurden. Dies war nur möglich, weil Mathiesen programmatisch ein Modell abolitionistischer Praxis vertritt, die nicht bereit ist, für das Verschwinden der Mauern den Preis des Überwachungsstaates zu zahlen.

September 1981

Micha Brumlik, Helga Cremer-Schäfer, Marlis Dürkop, Sebastian Scheerer, Carola Schumann